

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf
Lieferung sowie Erfüllung von Anzeigen-Anträgen und
Lieferung von Nachdruck. Für unvollständige und unrichtige
Angaben übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Ver-
antwortung. Unberücksichtigt gelassene und mit Rücksicht
nicht verteilte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.
Sprechstunde der Redaktion: 5 bis 6 Uhr nachmittags.
Kontaktschriftleiter: Dr. Josef Albert, Dresden

Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden-Wilhelmsplatz 16, S. Holbeinstr. 48
Telefon 32722 / Postfachkonto Dresden 14797

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Druck und Verlag:
Saronia-Verlagsdruckerei G. m. b. H.
Dresden-Wilhelmsplatz 16, Holbeinstr. 48

Unveränderter Starrsinn Poincarés

Poincarés „friedliche“ Zusammenarbeit mit Deutschland — Englands Suchen nach der Möglichkeit eines Kompromisses — Der Inhalt der Reichsnotverordnung: Schaffung eines Devisenfonds von 200—300 Millionen Goldmark — Neue Stützungsaktion unserer Währung — Zustimmung der Vertreter der Koalitionsparteien und der Industrie — Die Aenderung in der Reichsbankleitung bevorstehend

Die französische Note

Paris, 23. August Die französische Antwortnote kommt nach einer historischen Schilderung der einzelnen Etappen der Reparationsfrage und nach Ausführungen über die Selbstständigkeit der Ruhrbesetzung darauf zu sprechen, daß Frankreich schließlich gezwungen gewesen sei, Pfänder zu ergreifen und das Ruhrgebiet zu besetzen, und führt fort:

Am 11. Januar 1923 haben wir das Ruhrgebiet besetzt. Wir haben das getan, weil Deutschland seit drei Jahren seine Reparationsverpflichtungen erfüllt hat. Wir haben es getan, weil die Reparationskommission, als sie die Verschuldungen Deutschlands feststellte, uns ausdrücklich das Recht verliehen hatte, zu handeln. Es ist klar, daß wir, wenn wir, wie man uns beständig untergeschoben hat, politische oder militärische Absichten gehabt hätten, nicht das Ruhrgebiet besetzt hätten. Wir hätten es in diesem Falle vorgezogen, ins Rheinland einzuziehen, weil dieser Teil Nordens von Preußen trennt und Deutschland entzweielt. Das haben wir nicht getan, weil wir ohne jeden Hintergedanken besetzen wollten, und weil wir keine anderen Absichten hatten, als Pfänder zu ergreifen, und so einen Druck auf das widerstrebende Deutschland auszuüben.

Das Ruhrgebiet ist in der Tat das wirtschaftliche Hauptzentrum Deutschlands. Wir halten heute dieses so wichtige Gebiet, das sechs Millionen Einwohner hat, mit einer Armee von 50 000 Mann besetzt. Wir hatten aber die Absicht, nur bedeutend schwächere Effektivebestände in Bewegung zu setzen. Wir haben durchaus nicht den Wunsch, eine militärische Operation zu unternehmen. Unsere Truppen sind nur ins Ruhrgebiet gekommen, um dort unsere Ingenieure, unsere Kohlen- und Stahlwerke zu schützen. Es war mit einem Worte eine friedliche Anwesenheit, die wir mit unserem Einmarsch in voller Aufrichtigkeit Deutschland angeboten hatten.

Die deutsche Regierung hat aber ihre Kohlen- und Stahllieferungen eingestellt und begonnen, die Franzosen und Belgier als tatsächliche Feinde zu behandeln. Sie hat uns einen Widerstand entgegengeführt, den sie als passiv bezeichnet, der aber durchaus aktiv ist. Dieser Widerstand ist nicht von der Ruhrbevölkerung ausgegangen, noch weniger von der rheinischen Bevölkerung. Er rührte vielmehr von gewissen Industriellen und von Berlin her. Auf die ausdrückliche Anweisung von Berlin hin ist jede Zusammenarbeit mit den Belgiern, Franzosen, Italienern abgelehnt worden. Auf ausdrückliche Anweisung von Berlin hin haben sich die Eisenbahnen und Metallindustriellen nicht zu Konsultationen mit unseren Kommissaren eingelassen, haben uns die Tür ihrer Werke verschlossen. Auf ausdrückliche Anweisung von Berlin hin haben die Post-, Telegraphen- und Fernsprechanlagen die neue Herstellung von Verbindungen für Franzosen und Belgier eingestellt. Die Verbindungen unserer Truppe und die Beurlaubung unserer Truppenverweigerer, haben die Besatzungsmächte daran gehindert, die Beschlüsse zu betreten, die Befriedigung von Kohlen und Stahl an Frankreich und Belgien anzuhalten.

Die deutsche Regierung hat sich nicht darauf beschränkt, dem Widerstand vorzuschreiben; sie ist noch weitergegangen; sie hat schwere Strafen gegen alle ihre Untertanen verhängt, die gegenüber uns guten Willen oder einfach Gleichgültigkeit zeigten. Sie hat Beamte abberufen, sie hat Privatleute eingeleitert und ihnen Strafen auferlegt. Außerdem haben sich Banden von Verbrechern gebildet, die versuchten, durch Explosivstoffe Eisenbahnen und Kanäle zu zerstören und Jüden in die Luft zu jagen. Am 8. und 10. Mai gegen Schlageter und Genossen verhandelt wurde, haben sie gestanden, daß sie zu einem Durcheinander in Beziehungen gestanden hätten, das das Reichswahlministerium selbst eingerichtet hat. (1)

Dieser passive Widerstand hat nicht nur im Widerstand zum Friedensvertrag, sondern auch im Widerspruch mit den offiziellen Interessen Deutschlands. Wie die französische Regierung der englischen in der Mitteilung vom 10. und 12. Juli angezeigt habe, würde die Ruhrbesetzung, sobald einmal der passive Widerstand aufhört, eine Aenderung erfahren. Sie würde bei fortgesetzter Räumung nach Maßgabe der Zahlungen unter Bedingungen andern, die von den jetzigen ganz verschieden sind. Wir würden die Zusammenarbeit mit den deutschen Organismen wieder aufnehmen, und es würde eine beträchtliche Erleichterung in den Lasten der Bevölkerung die Folge sein. In diesen Punkten können wir uns nur auf die Dokumente 23 und 25 unseres letzten Buches beziehen, die im einzelnen die Dispositionen anführen, die dann zur Ausübung des Pfandes im Einklang mit den deutschen Behörden ergriffen werden würden. Es wäre überflüssig, auf diese Mitteilungen zurückzukommen, die mehrere Seiten des Buches umfassen. Es werde daran erinnert, daß es dann nicht notwendig sein würde, etwa die Eisenbahnlinien gegen Sabotage zu schützen, und daß die Truppen mit der Arbeiterbevölkerung die allermindeste Berührung haben würden.

Die Räumungsbedingungen

Oben haben wir in unserem Dokument 25 und über die Bedingungen ausgesprochen, unter denen nach Maßgabe und im Verhältnis der Zahlungen das Ruhrgebiet geräumt werden könne. Wir wiederholen noch einmal, daß wir nicht den Wunsch haben, länger im Ruhrgebiet zu bleiben, als es notwendig

sein wird, und daß wir keine politischen und annexionspolitischen Ziele haben. (1) Wir wissen genau, daß Deutschland den uns schuldigen Betrag ziemlich schnell wird bezahlen können und daß infolgedessen Deutschland Herr darüber sein wird, schrittweise die Räumung zu erreichen. Der Zeitpunkt, zu dem die Zahlungen erfolgen werden, hängt vom Willen Deutschlands ab. Es genügt, zu sagen, was Österreich gekostet hat, als es die notwendigen Anstrengungen machte, um zu sehen, was ein anderes Land von der wirtschaftlichen Macht Deutschlands erreichen kann, wenn es die notwendigen Anstrengungen machen würde. Es ist nicht wahr, daß die französischen Ansprüche darauf sind, daß sie Deutschland vernichten und für lange Zeit die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands überlegen. Seit vielen Monaten hat Frankreich nicht aufgehört, den Alliierten ein sehr einfaches Programm vorzuschlagen, das sehr klar und beschneidend ist. Ich im Rahmen seines Zahlungsplans hält und in wenigen Wochen ausgesprochen werden kann. Frankreich verlangt von seinen Alliierten, daß sie, wenn sie die Priorität für die Reparationen ablehnen, ihm doch wenigstens 25 Milliarden Goldmark, Obligationen A und B, weiterzugeben, die aus den in Spa festgelegten Prozentsätzen herkömmt, und daß Frankreich ein 6-Collationen den Betrag erhalte, der als internationaler Schuld von Frankreich verlangt wurde. Das Zahlungsplan garantiert Frankreich mindestens diese beiden Ansprüche. Die Collationen E blühen Frankreich zwar einen ergänzenden Spielraum lassen. Frankreich hat unabweisbar Summen für die Räumung Deutschlands bereitgestellt. Es kann weder seine Reparationsarbeiten unterbrechen, noch sie auf unbestimmte Zeit aufgeben. Können weiterführen. Andererseits hat Frankreich niemals die Bezahlung der Schulden verlangt, die es während des Krieges der Alliierten im England im Interesse des gemeinsamen Interesses kontrahiert hat. Frankreich ist übrigens auch Zahlungspflichtiger anderer Alliierten, denen es während des Krieges 5 bis 6 Milliarden Goldmark vorgeschossen hat. Diese Forderungen an die internationalen Schuldner entsprechen in ihrer Gesamtheit den Waffen-, Material- und Munitionskosten und der Lebensmittelforschung der Alliierten, die während des Krieges an den Alliierten. Diese Forderungen hätten in vollem Umfang Kriegskosten, im eigentlichen Sinne kollektive Kriegskosten darstellt. Die Alliierten Nationen haben darauf verzichtet, Deutschland um Ersatz des Verlustes und Schadens sowie auch allgemein ihrer Kriegskosten zu zwingen, obwohl sie im Prinzip Anspruch darauf hätten. Sie haben sich damit abgefunden, von Deutschland nur zu verlangen, daß es die den Verwundeten und Todgewanderten geschuldeten Schäden wiedereinbringe, mit anderen Worten, die Priorität und Schadloshaltung nach Auffassung der Alliierten diese gegenüber den Kriegskosten. Können danach die Alliierten diese Kriegskosten, die nach der von ihnen selbst getroffenen Vereinbarung hinter den Reparationen, hinter den Forderungen und hinter dem im Vertrag aufgeführten Schäden rangieren und diesen Ersatz von Deutschland verlangen, normalerweise vom anderen verlangen, bevor Deutschland bezahlt hat? Mit anderen Worten, können die Freunde härter behandelt werden als die Feinde von gestern? Das erwarten wir nicht für möglich. Wir erkennen unsere Schulden an, wir denken nicht daran, sie unbezahlt zu lassen, aber wir müssen erklären, daß wir sie erst bezahlen können, nachdem wir erhalten haben, was uns Deutschland schuldet. Von Deutschland werden wir über unsere 26 Milliarden hinaus das verlangen, was von uns selbst gefordert wird. Je weniger man von uns verlangt, um so mehr wird Deutschland entlastet werden.

Zahlungsunfähigkeit

Dieses System, das wir übrigens niemals als unantastbar angesehen haben, und das variiert werden kann, vorausgesetzt, daß das Prinzip gewahrt wird, hat den Vorteil, daß es keine Revision des Friedensvertrages nach sich ziehen kann. Im Gegensatz dazu würden die englischen Forderungen die Aufhebung mehrerer wesentlicher Bestimmungen von den Alliierten untergeordneter diplomatischer Akte zur Folge haben. In Ausführung dieser Verträge hat die Reparationskommission mit Schreiben vom 28. April 1921 den Gesamtbetrag der deutschen Verpflichtungen rechnerisch festgestellt. Auf diese Festlegung zurückzukommen, liegt kein Anlaß vor. Andererseits hätte der Londoner Zahlungsplan eine beträchtliche Verzerrung dieser Schulden zur Folge, da ja nach gewöhnlich, von der Note der englischen Regierung übernommen und, besonders bemerkt, kritischen Veränderungen der Gegenwert der deutschen Schulden durch den Beschluß vom 5. Mai 1921 um die Hälfte herabgesetzt sein soll. Ohne uns diesen Schätzungen anzuschließen, beschränken wir uns auf die Bemerkung, daß es heute wie in der Vergangenheit und in Zukunft der Reparationskommission freisteht, den Artikel 234 anzuwenden, d. h. die deutsche Zahlungsunfähigkeit zu prüfen, oder durch ihre Sachverständigen prüfen zu lassen. Die Kommission kann im Anschluß an diese Prüfung, entsprechend dem Recht, das der Friedensvertrag ihr überträgt, die vorgeschriebene Zahlungsperiode ausdehnen und die vorgeschriebenen Zahlungsmodalitäten ändern. Der Friedensvertrag hat in der Tat der Reparationskommission sämtliche Vollmachten erteilt, die der von der englischen Regierung und Deutschland vorgeschlagenen Sachverständigenkommission verliehen werden könnten.

Die einmal festgesetzte Schuld kann nur mit einmütiger Ermächtigung der Alliierten Regierungen herabgesetzt werden. Gegenüber mußte die deutsche Zahlungsunfähigkeit von Zeit zu Zeit abgeschätzt werden, daß die Zahlungsunfähigkeit es nach dem Umstand abgeändert werden und diese Modifikationen

wären mit Mehrheit beschließen. Der Gedanke, ein für allemal die Zahlungsunfähigkeit abzuschätzen, sei Poincaré nicht in den Sinn gekommen. Deutschland beabsichtigt, die Abschätzung der Reparationen durchzuführen. Es würde dann vom französischen Ansehen, sich keine unversicherten Betriebsmittel zu machen und sich rasch erholen, um neben der Misere seiner Gläubiger in erster Linie das Wohl zu denken. Frankreich habe ein Interesse daran, daß Deutschland wieder in bessere Verhältnisse komme. Der Zusammenbruch Deutschlands würde schwere Verwirrungen in ganz Europa zur Folge haben, aber die durch einen Zusammenbruch Frankreichs hervorgerufene Verwirrung würde nicht geringer sein. Zu einer Prüfung der Frage, wie die Erholung Deutschlands mit der Begleichung der Reparationen in Zusammenhang zu bringen sei, wird Frankreich bereit sein, sobald der Widerstand aufgehört hat.

Wenn Deutschland eine einmütige Abschätzung seiner Zahlungsunfähigkeit verlangt und wenn England selbst dies verweigert, so handle es sich in Wirklichkeit darum, eine Abschätzung der Schulden zu erreichen. Diese Abschätzung könne aber, wenn man sie für unerlässlich halte, später erfolgen, in dem genannten Umfang, wie die internationalen Schulden getilgt würden. Wenn man an eine umfassende Revision der Reparationen, sei Frankreich geneigt, sie durch Freigabe seiner eigenen Forderungen an gewisse Alliierte zu erleichtern. Aberwichtig ist es, den Vertrag über auch nur den Zahlungsplan umzusetzen. Frankreich könne nicht eine Abschätzung der deutschen Schulden zum Nachteil der Reparationen zugehen. Es besteht kein Grund, mit dieser Regelung ein anderes Organ als die Reparationskommission zu betrauen. Kritiker fordern Frankreich und Belgien allein 60 Prozent des Aufwandes der Alliierten an Deutschland. Die englische Regierung beschuldigt häufig die französische Regierung, sie beschuldigt nicht genügend die wirtschaftlichen und finanziellen Tatsachen.

Frankreich sei bereit, mit der englischen Regierung und den Verbündeten französisch zu unterhandeln. Frankreich verweigert diese Note, weil es durch die Veröffentlichung der englischen Note dazu gewonnen sei. Im Interesse der Verhandlungen aber sei es besser, wenn sie mit Discretion vor sich gehen.

Deutschland müßte während des zur Wiederherstellung seiner Finanzen erforderlichen Zeitraumes die meisten Reparationen in natura und Kapital leisten, die die Kommission als wünschenswert, wobei die Alliierten die Pfänder behalten würden, die sie im gemeinsamen Interesse im Besitz hätten. Frankreich wolle seine Schulden bei den Vereinigten Staaten und bei England bezahlen. Frankreich könne aber keinem von diesen beiden Staaten ein Privileg gewähren, das dem anderen zuzurechnen. Frankreich könne als also nicht mit Deutschland irgendein Einverständnis gegenüber haben, das die Bezahlung der englischen Schuld bei den Vereinigten Staaten erfolgen sollte. Ferner könne Frankreich nicht bei einer Verzögerung der internationalen Schulden seinen Anteil an den Obligationen E aufnehmen, jedenfalls nicht ohne vorheriges Einverständnis mit den Vereinigten Staaten. Bei der Generalregulierung der Reparationen und der internationalen Schulden sei Frankreich bereit, die gegenwärtige Lage Deutschlands zu berücksichtigen. Es würde leicht, sich über die Möglichkeit rascher Bezahlung der deutschen Schuld zu verständigen, die dem Wiederanstieg der verminderten Schulden entsprechen und es einem späteren Zeitpunkt vorzuschicken, den großen Teil der deutschen Schuld durch die Reparationskommission prüfen zu lassen, wobei die Bezahlung der Kriegsschulden in gegenseitigem Einverständnis am gleichen Zeitpunkt der Prüfung zu unterziehen wäre. Frankreich nimmt nicht an, daß England die Bezahlung der internationalen Schulden verlangt, bevor die Reparationen bezahlt seien.

Damit schließt die 10. Seite des Selbstbundes umfängliche französische Note. Ein weiterer 28. Seiten umfänglicher Anhang enthält dann Bemerkungen der französischen Regierung zu den 65 bzw. 12 Punkten der letzten englischen Note.

Der Anhang

Der französische Note, der die französische Auffassung Punkt für Punkt den Ausführungen der englischen Note vom 11. August gegenüberstellt, beginnt mit einer Zurückweisung des Vorwurfs, daß Frankreich die bisherigen englischen Anschuldigungen an die französische Politik nicht würdige. Französischerseits habe man leider bis jetzt nichts davon bemerkt, daß die englische Regierung, wie sie sagt, sich bemüht hat, der Auffassung Frankreichs, d. h. der normalen Durchführung des Versailles-Vertrages, näher zu kommen. Man sei jedoch überzeugt, daß der beiderseitige gute Wille leicht zu einer Verständigung führen werde. Der Anhang hebt hervor, daß für eine Einigung zwischen Frankreich und England nicht nur die Notwendigkeit, die Rechte der Reparationskommission zu wahren, denen seitens der deutschen Regierung der passive Widerstand gegenübersteht, sondern auch die hundertmal erklärte Entschlossenheit Frankreichs auch nicht auf einen Entlassung seiner Reparationsforderungen zu verzichten, eine Forderung, die sich mit keiner anderen vergleichen läßt, maßgebend sei. Hierin kommt die Entschlossenheit Frankreichs, bis Pfand, das es in der Hand habe, erst nach völliger Bezahlung der Reparationen aufzugeben. Der Entwurf einer Antwort auf die deutsche Note vom 17. Juli unterliege es, den wesentlichen Forderungen Frankreichs Beachtung zu tragen, daß eine etwaige Antwort an Deutschland sich auf die Einstellung des passiven Widerstandes als ausschlaggebende Bedingung beziehen müßte.

England wartet die belgische Antwort ab

London, 23. August. Die französische Antwort auf die englische Note unterliegt gegenwärtig einem sorgfältigen Studium. Ein amtlicher Kommentar kann augenblicklich noch nicht gegeben werden. Ganz abgesehen von anderen Umständen kann die Ansicht über die französische Antwort nicht eher formuliert werden, als auch die belgische Note eingetroffen ist und geprüft worden ist. In unterrichteten Kreisen wird jedoch vermutet, daß man in beiden Noten sehr gewissenhaft nach der Möglichkeit eines Kompromisses suchen wird.

Paris, 23. August. Brüsseler Meldungen zufolge haben Rheinis und Lippar sich gestern früh eingehend über die belgische Antwort auf die letzte englische Note besprochen. Der Unterredung wohnte der belgische Botschafter in London bei. — Der belgische Minister hat sich gestern nachmittags 2 Uhr mit der Prüfung des Textes der belgischen Antwort beschäftigt, der am Freitag der französischen Regierung zur Einsichtnahme überreicht werden wird. Am kommenden Sonnabend oder sogar erst am Montag wird die Antwort dem Londoner Kabinett zugestellt werden.

Die Besprechungen beim Reichskanzler

Berlin, 23. August. Gestern fanden in der Reichskanzlei die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Führern der Koalitionsparteien statt. Über ihren Verlauf berichtet der „Vorwärts“ u. a. folgendes mit: Von der Sozialdemokratie waren anwesend: Senoffe, Weis, Pöde und Werb. Von der Reichsregierung: Reichskanzler Dr. Stresemann, Reichsfinanzminister Dillenburg und Wirtschaftsminister Kaumer. Der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister behandelten die gegenwärtige finanzielle Situation und insbesondere die finanzielle Lage des Reiches. Es sei die Absicht der Regierung etwas zu tun, was wirtschaftlich und finanziell eine Entlastung verbringe. Die Regierung sei sich bewußt, daß sie das letzte verfassungsmäßige Kabinett sei. Sie werde gegebenenfalls vor wichtigen Mitteln nicht zurückweichen, die zur Rettung Deutschlands dienen könnten. Jeder Vermögensbesitzer werde verpflichtet, gegen Goldanleihe Devisen abzuliefern. Der keine Devisen hat, könne in Papiermark bezahlen. Die eidgenössische Versicherung über die Höhe des Devisenbestandes, Beteiligung an ausländischen Unternehmen, ausländischen Aktien werde in Zweifelsfällen erlegt werden müssen durch den Eid. Für falsche Angaben werden die für Weisheit geltenden Strafen in Aussicht gestellt und Vermögensbesitzlagemaßnahmen erfolgen. Auf diese Weise hoffe man 200 bis 300 Millionen Goldmark an Devisen herauszuholen und damit den schon mehrfach erwähnten Fonds zu schaffen, mit dessen Hilfe man die Lebensmittelpflichtversicherung sicherstellen und eine neue Markführung vornehmen wird.

Die Parteiführer billigten die Maßnahmen der Regierung in vollem Umfange. Sie billigten insbesondere, daß die Ausföhrung der Steuern vorgenommen wird auf Grund des Paragraphen 48 der Reichsverfassung. Die sozialdemokratischen Vertreter betonten vornehmlich, daß über kein Zweifel auskomme, daß die Verordnung unter allen Umständen auf dem schnellsten Wege durchgeführt werden müsse. Auch die Frage der Reichsbankföhrung werde in der Debatte eine Rolle spielen. Hier ist in kürzester Frist eine Entscheidung der Reichsregierung zu erwarten. Der bisherige Zustand, daß die Reichsbankföhrung die Maßnahmen der Reichsregierung durchkreuzt, wird sowohl in personlicher wie auch sachlicher Beziehung geändert werden. In dem Hauptausdruck des Reichstages am Donnerstag, der sich mit der allgemeinen Finanzlage des Reiches befaßt, wird der Reichsfinanzminister Dillenburg das Wort nehmen.

Die Zustimmung der Industrie

Berlin, 23. August. Am Mittwoch nachmittag fand unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und im Beisein des Reichsfinanzministers sowie des Reichswirtschaftsministers im Reichsfinanzministerium eine eingehende Aussprache mit den Vertretern der Industrie statt. Die Grundlage dieser Aussprache bildete das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung, insbesondere die bevorstehende Notverordnung des Reichspräsidenten. Der Reichskanzler legte eingehend die Notwendigkeit dar, mit größter Beschleunigung einen Devisenfonds zu schaffen zur Beförderung der Ernährungsverhältnisse und zur Stärkung unserer Währung. Die Reichsregierung hat zunächst an die Bereitwilligkeit der Devisenbesitzer zur freiwilligen Leistung appelliert, von der Voraussetzung ausgehend, daß kein Teil der deutschen Bevölkerung seine außerordentliche Mitwirkung verweigern werde, wenn es sich darum handelt, die schwerste Krise Deutschlands zu vermeiden. Weiter wurde mit den Wirtschaftsvertretern die Frage der Ausföhrung der Ausfuhrkontrollen besprochen, damit die unbedingt notwendige Steigerung des Exports möglichst gefördert werde. Hand in Hand mit der Steigerung der Ausfuhr soll die Drosselung der Einfuhr gehen, soweit nicht Verträge entgegenstehen.

Nach ausführlichen Darlegungen des Reichsfinanzministers über die Finanzlage anerkannten die anwesenden Vertreter der Industrie in vollem Maße die Notwendigkeit der beschriebenen Maßnahmen und erklärten ihre Zustimmung zu beschleunigtem gegenseitigen Vorgehen und schärferen Strafmaßnahmen gegen Zuhälterhandeltreibende und Umgehungen der Verordnung. Die Aussprache ergab weiterhin die Notwendigkeit, beschleunigt alle Maßnahmen zu treffen, die zu einer Drosselung der Ausfuhr dienen können, um dadurch den dauernden Eingang von Devisen für die Zukunft zu sichern.

Die Eisenbahnvertreter beim Reichsverkehrsminister

Berlin, 23. August. Heute empfing der Reichsverkehrsminister Dezer die Vertreter der Eisenbahnorganisationen und die Personalvertretungen der Reichsverkehrsverwaltung. Es wurde einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß die Reichsverkehrsverwaltung die Hauptlasten der Durchführung des Nachkriegskampfes, bei dem es sich um einen Kampf des Volkes und nicht einen Kampf der Regierung handelt, zu tragen hat. Minister Dezer brachte den Vertretern seinen Dank zum Ausdruck und sagte hinzu, daß er sich der Vertriebenen annehmen werde.

Aufruf an die Eisenbahner des besetzten Gebietes

Berlin, 23. August. Der Reichsverkehrsminister Dezer richtete folgenden Aufruf an die Eisenbahner des besetzten Gebietes: „Bei meinem Amtsantritt denke ich in erster Linie an unsere wackeren Arbeiter an Rhein und Ruhr. Dankbar gedanke ich der werkschütterlichen Haltung des Reichsbahnpersonals, das, in vorderster Front unseres Abwehrkampfes stehend, die schwersten Opfer für unsere gerechte Sache bringt. Ich weiß, was es heißt: 18 000 Personen jeden Grades von Haus und Hof vertreiben. Ich weiß die besondere Schwere des Opfers zu würdigen, das von 50 000 Familienangehörigen, von ihren tapferen Frauen und Kindern verlangt worden ist. Auch ihnen gilt mein Gruß und mein Dank, den ich durch Hilfe und Fürsorge, soweit es in meinen Kräften steht, abzuklären bestrebt sein werde. Ich hoffe, daß die Zeit nicht fern, wo jeder vergewaltigte Deutsche von Rhein und Ruhr der Freiheit und der Heimat wiedergegeben wird. Bis dahin ist es, ich mit allen Kräften weiter zu wehren gegen die Bereicherung des Reiches und der Reichsbahn. In fester Gemeinsamkeit liegt der Erfolg.“

Die Frage der wertbeständigen Löhne

Berlin, 23. August. Gestern fand zwischen den Vertretern der Arbeitgeberverbände und den Gewerkschaften erneut eine Besprechung über die Frage statt, ob sich eine brauchbare Methode über die Wertbeständigmachung der Einkommen der Arbeiter und der Angehörigen finden lasse. Dabei wurden von den Vertretern der Gewerkschaften Vorschläge nach der Richtung gemacht, daß das Einkommen den Angehörigen, sowie es sich am Ende eines Monats erab, auf den

Ein neues Stadium im Südläufiger Schulkampf

Die Vertreter der katholischen Schulorganisation Sachsen waren am vergangenen Sonntag in Dresden nach eingehender Beratung über die Heberzeugung gekommen, daß die ursprünglich geplante Ausdehnung des Südläufiger Schulkampfs unter den gegenwärtigen Umständen nicht in Frage kommen könne. Die dafür angeführten Gründe, die in einer Entschließung zum Ausdruck gebracht wurden, waren so hervorzuheben, daß sie sich trotz der großen Streikbereitschaft, die beispielsweise gerade die katholische Elternschaft der Weisheit durch ihren Vertreter kundgeben ließ, durchsetzten. Weiter wurde dann das Resultat des bisherigen Streiks und der gegenwärtigen Stand der Dinge beraten. Mit großer Bewunderung und Anerkennung wurde das einmütige und vorbildliche Verhalten der Südläufiger Eltern von sämtlichen Vertretern gekennzeichnet. Eine so einheitlich durchgeführte und durch so lange Zeit erprobte Kampfweise steht einzig da. Und der Erfolg? — Das Reichsministerium hat sich auf Grund des mannhaften und entschlossenen Auftretens der Südläufiger Deputation veranlaßt gesehen, das Reichsgericht zur Entscheidung anzurufen. Und diese Entscheidung des Reichsgerichts steht unmittelbar zu Beginn der neuen Gerichtsinstanzen in Leipzig bevor. Es wird also nunmehr die Grundfrage der Konfessionslosigkeit der Schulen in Sachsen entschieden werden. Die Südläufiger sind sich wohl kaum dieses Resultates ihrer Handlungsweise in seiner ganzen Bedeutung bis heute bewußt geworden. Sie haben den größten Erfolg für sich zu buchen. Sie haben nicht umsonst gehandelt, sondern in der Tat mehr erreicht, als wenn der sächs. Kultusminister die Gebetsverordnung für eine Zeitlang zurückgezogen hätte, aber damit immer noch nicht die Frage der konfessionellen Schulen prinzipiell in der Öffentlichkeit entschieden worden wäre.

Unter dem Eindruck dieser Tatsachen standen sämtliche in Dresden versammelten Vertreter der katholischen Elternschaft. Man folgerte hieraus die praktische Möglichkeit eines Streikabbruchs auch für die Südläufiger. Das sächsische Kultusministerium habe keine Macht mehr in der Schulfrage, sondern sie sei nun einzig und allein auf die Entscheidung des Reichsgerichts konzentriert. Das Recht der Eltern sei auf diese Entscheidung gestützt. In diesen Erwägungen kam der Gedanke an die außerordentliche große Not und gegenwärtige Verzweiflung des Vaterlandes, an die Gefährdung des Familienwohls und die schwerleidende Erziehung der Kinder.

Es wurde darum in Dresden der Beschluß gefaßt, alle in Betracht kommenden Umstände den Katholiken in der Südläufiger sofort zu unterbreiten und es der dortigen Elternschaft dann selbst zu überlassen, ob sie trotz des bereits Erreichten den Streik noch weiter fortführen wolle. Es ist klar, daß in einem so wichtigen Maße, wie er hier vorliegt, so starke psychologische Momente miszuphlen, daß man unter keinen Umständen und in keiner beschleunigten Weise den um ihre Kulturgüter ringenden Eltern Taktate vorlegen dürfte. Genau wie der Streik von selbst aus dem Gewissen der Beteiligten heraus entstanden ist, genau so muß er aus dem Bewußtsein dieses heftigsten Gewissens heraus sein Ende finden.

Nun trat aber noch etwas anderes hinzu. Die katholische Schulorganisation stand nämlich seit einigen Tagen wieder in Verhandlungen mit dem sächsischen Kultusministerium. Der sächsische Kultusminister hatte nämlich auf nochmalige Vorstellung der Schulorganisation hin geäußert, auch er habe seinerseits das dringende Bedürfnis und tue was er könne, um den Streikfall beizulegen. Diese Verhandlungen, zu denen auch Vertreter der Südläufiger hinzugezogen worden waren, hatten allerdings bis zum vergangenen Sonnabend noch kein Ergebnis zeitigen können. So hat dann am Sonntag morgen der Vorstand der Schulorganisation dem Minister nochmals einen letzten Vorschlag gemacht, den wir hier wiedergeben:

Auslegung oder Nachtrag zur Verordnung Nr. 99 vom 9. März 1923.

Nach Absatz II, 3 einfügen:

„Dieselbe gilt für die Klassen der Schulen in den Ortschaften mit überwiegend römisch-katholischer Bevölkerung im Bezirk der Reichshauptmannschaft Bautzen, in denen Andersgläubige oder vom Religionsunterricht abgemerkte Kinder sich nicht befinden oder soweit von den betreffenden Eltern kein Einspruch erhoben wird.“

Zum Verständnis dieses Vorschlags fügen wir hinzu: In dem genannten Absatz II wird gefaßt, daß die Gebetsverordnung keine Anwendung finden soll auf die römisch-katholischen Minderheitsschulen, denen der konfessionelle Charakter garantiert ist.

folgenden Monat weiter gezahlt wird und dazu ein Zuschlag gezahlt wird, der sich aus dem Anwachsen der Kursziffern errechnen ließe. Die von beiden Seiten gemachten Vorschläge werden von den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften geprüft und in einer Konferenz zur Besprechung gelangen.

Die Schwierigkeiten der neuen Steuern

Berlin, 23. August. Der Steuerauschuß des Reichstages stimmte heute nach längerer Aussprache der Erhöhung der sozialen Abzüge bei der Einkommensteuer auf das 10fache zu. Danach betragen die Abzüge bei Zahlung des Monatslohnes für den Steuerpflichtigen und Ehefrau monatlich 300 000 Mark, wöchentlich 86 400 Mark, täglich 14 400 Mark, jährlich 990 000 Mark für jedes Kind 2 400 000 Mark monatlich, 576 000 Mark wöchentlich, 96 000 Mark täglich, 24 000 Mark jährlich; Werbungskosten 3 Millionen Mark monatlich, 720 000 Mark wöchentlich, 120 000 Mark täglich, 30 000 Mark jährlich.

In der Aussprache wurde von verschiedenen Seiten auf die Schwierigkeiten der Erhebung der Betriebssteuer in der Landwirtschaft hingewiesen. Staatssekretär Bapp erklärte, daß sich auch das Finanzministerium von vornherein über die Schwierigkeiten bei den neu beschlossenen Steuern nicht im unklaren befinden habe. Nachdem die Gesetzgebung einmal einmütig vom Reichstag beschlossen worden seien, müßten sie im Interesse der Autorität sowohl des Reichstages wie der Reichsregierung mit aller Entschiedenheit durchgeführt werden. Schon jetzt gingen Entbindungsgesuche in großer Zahl ein, die auf alles mögliche und u. a. auch darauf gerichtet wären, daß der Pflichtige keine Mittel habe, die Steuern zu bezahlen und auch keine Realisierungsmöglichkeiten von Waren und dergleichen bestände. Trotzdem würden Entbindungsgesuche im allgemeinen abgelehnt werden müssen, denn der Zustand, daß alles wieder zu Laten des Reiches in der Mark nach unten spezifiziert, dürfte sich nicht wiederholen.

Wir bitten dringend, die für die zweite Hälfte des August in der Nr. 149 vom 17. d. M. angeforderte Nachzahlung von 400 000 M. unverzüglich zur Einzahlung zu bringen. Zahlkarte lag der obigen Nummer bei. Der Verlag.

Als dem Kultusminister dieser Vorschlag gemacht worden war, hat er persönlich folgendes wörtlich erklärt: „Ich mache den ernsthaften Versuch, daß wir uns auf diese Weise treffen.“

Wenn man überhaupt noch an ein Ministerwort glauben sollte, dann war hier der Moment gegeben. Die in Dresden versammelten Vertreter glaubten, daß die Erklärung nicht ohne weiteres von der Hand weisen könnten, da sie dem (etwa noch vorhandenen) Streben des Ministers nach einer Verständigung nicht ausweichen dürften. Man wollte auf keinen Fall dadurch die Verantwortung auf sich laden, daß man auch die letzte Möglichkeit unberücksichtigt gelassen hätte. Führt diese Möglichkeit zu nichts, dann blieb die katholische Elternschaft in Zukunft ohne jede Schuld.

So sind die Vertreter der Südläufiger in ihrer Heimat zurückgefahren, um die Gesamtheit dieser Tatsachen den Eltern selbst zu übermitteln. Die endgültige Entscheidung konnte nur bei diesen Letzteren liegen. Es haben dann Versammlungen in der Südläufiger Stadtgemeinden und unter demselben Eindruck, unter dem die Dresdener Versammlung am Sonntag stand, wurde der Beschluß gefaßt, in Erwartung der schnellsten Regelung der schwebenden Fragen und im Vertrauen auf die Erklärung des Kultusministers den Schulbetrieb wieder aufzunehmen zu lassen. So besuchten seit Beginn dieser Woche die Südläufiger Kinder wieder den Unterricht.

Witterweise aber ist nun die letzte Antwort des Kultusministeriums an die Schulorganisation erfolgt. Das Kultusministerium hat auch den am Sonntag eingereichten und oben wörtlich gebrachten Vorschlag der Schulorganisation abgelehnt. Damit ist jede weitere Überbrückung der Gegenstände in Sachsen unmöglich gemacht worden. Die Konten und eigentlich jedes Urteil über das sächsische Ministerium enthalten, weil die Tatsachen von selbst richten. Ein ernsthafter Versuch eines Ministers, der dazu noch innerlich fühlen muß, daß er im Unrecht ist, hätte für uns etwas anderes ermutigen lassen, als ein solches Spiel mit dem Vertrauen der katholischen Südläufiger Elternschaft. Wir zweifeln zwar keinen Augenblick daran, daß dieser erst in eingehenden Unterredungen seinen gesamten Mut befragt hat, und daß dieser Mut aus gewissen Gründen, die uns sehr klar sind, einer Verständigung mit den Katholiken aus dem Wege zu gehen sich bemüht. Aber hat denn nicht letzten Endes der Minister selbst das Wort? Wozu kommen wir, wenn wir innerlich die Wahrheit sehen, sie aber äußerlich nicht zu verteidigen wagen, sondern sie mit den Erklärungen unserer Mäße zu verdecken suchen? Wie können in vorliegendem Falle die Verantwortlichen nur demjenigen überlassen, bei dem die letzte Entscheidung gelegen hätte. Wir hatten gedacht, daß wir auf Grund einer Verständigung einmal wieder für das Ansehen der sächsischen Regierung, speziell des sächsischen Kultusministeriums, das so außerordentlich in der Welt im Mißkredit geraten ist, eintreten könnten. Wir bedauern es sehr, daß wir gerade in der heutigen unerlösten Lage gezwungen sind, gegen die eigene Staatsautorität vorzugehen, weil sie uns die Staatsautorität nicht zu gewährleisten scheint. Welche Namen der sächsischen Behörden sind schon längst „berühmt“ geworden. Aber es ist keine Verhöhnung, die auf ernste Werte geht, sondern eine traurige Tatsache, die dem Prinzip der Demokratie in der neuen Zeit der Freiheit allen Spott zugeht. Wiederholt hat Fleißner betont, daß auf Grund der Verfassung die Wünsche Andersdenkender in den Schulen nicht verletzt werden dürfen. Aber wie können diese Wünsche verletzt werden, wenn nicht einmal Widerstand da sind. Wenn wir diesen Grundfah aber auf die katholischen Wünsche anwenden, dann... Wir überlassen den „sächsischen Kulturträgern“ jede Verantwortung. Wie können aber beschließen, daß der Konfessionskrieg sich dann am stärksten erweisen hat, wenn seine größten Feinde mit den brutalsten Mitteln ihn erlösen wollten. Die Zeit und die Geschichte richtet von selbst. Und es werden einmal, wenn dieser politische trübe Horizont sich wieder auflöst, hat, viele „Steine“ gleich Freilichtern verschwinden. Die Wahrheit geht unentwegt ihren Gang, sie kümmert sich nicht um die Gebärde einzelner Menschen.

Die letzte endgültige Ablehnung des sächsischen Kultusministeriums wird erst heute in der Südläufiger bekannt werden. Wir enthalten uns jedes Urteils über den nunmehrigen Fortgang der Dinge. Wir sind aber überzeugt, daß die Handlungsweise der Südläufiger katholischen Volk und ganz mit unserer Bestimmung übereinstimmen wird.

Pariser Kabinettsrat

Paris, 23. August. Nach Beendigung der Kabinettsitzung die von 2 bis 6 Uhr dauerte, wurde folgende Mitteilung gemacht: Der Kabinettsrat hat den Antwortsentwurf an die britische Regierung gutgeheißen. Dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Auswärtigen wird die Ermächtigung erteilt, den endgültigen Wortlaut festzusetzen.

Die Teuerung im Reich

Berlin, 23. August. Die Reichsbankziffer für die Lebensmittelkosten stellt sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes für den 20. August auf das 73,73fache des Vorkriegesstandes. Das bedeutet eine Steigerung um 72 Prozent gegenüber der Vormehr.

Zwangserfassung der Ernte in Bayern

München, 23. August. Ein Ministerrat hat beschlossen, die Ernte für 1923 zu erfassen und die Verzählung sicherzustellen, ferner erhebliche strengere Vorschriften für die Zulassung zum Handel und die Sicherung der Lebensmittelversorgung für den Inlandsbedarf zu erlassen.

Stillelegung der Berliner Straßenbahn

Berlin, 23. August. Angesichts der ungeheuren Preishöhe der Straßenbahn hat der Magistrat beschlossen, die Straßenbahn in ihrem jetzigen Betriebe stillzulegen und dem gesamten Personal zum nächsten Termin zu kündigen. Die Stilllegung soll nur eine vorübergehende sein und den Nachtrag zu einer neuen Betriebsform ermöglichen. Es ist die Bildung einer reinen städtischen Betriebsgesellschaft vorgesehen. Mit Staat und Reich sind die Verhandlungen über eine Unterstützung zur Erhaltung des Betriebes ausgenommen.

Berliner Vorbürse

Berlin, 23. August. Der gestrige Schlußkurs in Neuhof entsprach einer tiefen Parität von 4,78 Mill. Die leichte Befestigung, die sich in den gestrigen Abendstunden bemerkbar machte, gab wieder nach und man hörte in den heutigen Vormittagsstunden den Dollarkurs mit 5,7 bis 5,5 und das Pfund mit 26 bis 25 Mill. Im Laufe des heutigen Tages dürfte sich eine weitere Aufwärtsbewegung für Devisen zeigen, zumal die neue Devisenverordnung unmittelbar auf dem Devisenmarkt bleiben dürfte. Der Effektenmarkt bleibt abwartend.

Der tschechische Bergarbeiterstreik

Prag, 23. August. Im Bergarbeiterstreik ist bis jetzt keine Milderung eingetreten. Die Verhandlungen zwischen Bergarbeitern und den Grubenbesitzern werden fortgesetzt. Bis jetzt ist aber kein positives Resultat erzielt worden. Es wurde erklärt, Kohlenvorräte sind reichlich eingetroffen, zu Befürchtungen sei kein Anlaß. Die Kohlenversorgung der Bevölkerung und der Industrie sei auf lange Zeit sicher gestellt.

Deutiger amtlicher Dollarkurs 5 067 300
tschechische Krone 149 625
englisches Pfund 22 944 500

Volksstaat und Wirtschaftsführer

Von Dr. Emil van den Boom.

Staat und Wirtschaft bedeutet ohne Zweifel ein Problem, von dessen befriedigender Behaltung in hohem Maße die Zukunft der deutschen Volksgemeinschaft bedingt wird. Die Wirtschaftsmächte, die wirtschaftspolitischen und fachlichen Organisationen und Verbände drängen sich immer mehr in den Vordergrund. Das war allerdings auch vor dem Kriege teilweise schon der Fall. Aber der damals in seinen Positionen noch starke Staat vermochte gegenüber den Wirtschaftsmächten sich seine Autorität zu wahren.

Heim Volksstaat ist das anders als beim Obrigkeitstaat. Er kann nur stark sein, wenn er vom Vertrauen und erst recht von der Opferwilligkeit jener, die ihn geschaffen haben, von ihrer unbedingten Hingabe getragen und gestützt wird. Das ist bisher nicht genügend der Fall gewesen. Staat und Wirtschaft rängen vielmehr vielfach um die Oberhand. Das natürliche Verhältnis wäre jenes, das der Staat auf die Gesetze des Wirtschaftens stützt zu nehmen hat, daß er das Wirtschaftleben fördern muß. Aber ebenso selbstverständlich ist, daß die Wirtschaft den Staat nicht beherrschen, sondern, daß sie sich dem Staat unterordnen und einfügen muß. Der Reichsführer Dr. Brüning als Vertrauensmann der Wirtschaft hat, hat in diesem Sinne der deutschen Wirtschaft wiederholt mit Gewissen geteilt.

Den neuen Volksstaat machen heute zur Hauptfrage die Arbeiter, Angestellten und Beamten aus. Sie sind sozial und politisch selbständig geworden, haben da wie ehemals seine Herren mehr über sich. Dafür tragen sie jetzt aber Verantwortung, neue Pflichten und Sorgen besonders im Wirtschaftsbereich, das durch Krieg, Nachkrieg und zuletzt durch die Revolution schwer gequält ist. Die Arbeitnehmer tragen zu einem Gutteil das Schicksal des Volksstaates in ihren Händen. Man hat gegen sie wohl den Vorwurf erhoben, in den vier Jahren, da der neue Volksstaat regierte, habe sich gezeigt, daß die „neuen Herren“ für das Selbständigwerden noch nicht genug vorbereitet, daß sie nicht hinreichend regierungsfähig seien. Wie dem nun auch sein mag, können ohne die Wirtschaftsführer des gewerblichen Lebens für sich in Anspruch nehmen, auch ihrerseits bisher im Staat die Führerschaft richtig aufzufassen und beizubehalten zu haben?

Der Umstand, daß sich gerade auch in diesem Kreise immer wieder machende Stimmen erheben, spricht nicht dafür, daß hier alles in der Ordnung sei, die man wünschen möchte. In einer eben erschienenen Schrift über „Grundsätze der Unternehmensorganisation“ bezeichnet Herr Direktor Dr. Schlüter es als eine „dringende Aufgabe“ der Unternehmensverbände, die industriellen Arbeiter als bisher zu tätiger Mitarbeit an den schwerwichtigen Problemen der Zeit zu interessieren. Aber es soll nicht allein, sie als wirtschaftlichen Faktor, sondern auch als Führer und Aufklärer anderer zurechnen und hilflos die Zeit zur Geltung zu bringen. Tägliche Mitarbeit aller Schichten des Unternehmens ist notwendig, so heißt es weiter, „sowohl was die rein wirtschaftlichen Seiten unseres Lebens anbelangt.“ Jetzt ist die Stunde gekommen, wo das produktive Bürgerium aus seinem Winterschlaf erwachen und sich auf seine Verantwortung bestimmen muß. Es gilt nicht nur, durch lebendige Teilnahme die in den Verbänden geschaffene Interessvertretung attraktiv zu machen, so überaus wichtig das an sich auch ist, sondern in gleich hohem Maße, in die geschilderte Klasse unseres Volkes Ideen und Ziele zu tragen. Nach dem heillosen Scheitern der sozialistischen Zielbestrebungen ist es an der Zeit, mit neuen Worten und Idealen vor unser Volk hinzutreten. Die Industrie, die allein aus dem Wirrwarr der Nachkriegszeit sich als lebensfähiger Teil in die Zeit der Neuorganisation hat, wird dieser Aufgabe nachzukommen vermögen. Den Arbeitgebern verbleibt hier die Aufgabe zuzufinden, den Mut des Industriellen in die Breite und Breite zu lenken, ihn von seinen rein betrieblichen Aufgaben weiter zu volkswirtschaftlichen Problemen zu führen.

Gerade in dieser Beziehung ist bisher arg gesündigt worden. Deutschland hat ausgezeichnete Wert- und Wertehüter, die im engen Bereich ihrer technischen und kaufmännischen Aufgaben vorzüglich zu Hause sind und durch die persönliche Beispiel auch auf andere Betriebe und ganze Industriezweige befruchtend gewirkt haben. Aber diese gleichen Leute haben eine übersehende Scheu vor einem öffentlichen Auftreten. Die Folge ist, daß in wirtschaftlichen Dingen die Vertreter der Arbeitnehmer verhältnismäßig stärker zu Wort kommen, als diejenigen von Unternehmerseite. Es kann auch nicht genügen, daß hier die Verbandsobermänner den Mann der Praxis ersetzen. Dieser selbst muß mehr vor die Front und zur Politik bez. zu dem Volksstaat in dauernde Beziehungen treten. Dann wird sich eher ein Ausgleich zwischen Wirtschaft und Staat herbeiführen lassen, indem die jünglichen Vertreter dieses oder jenes für die nachteiligen Notwendigkeiten mehr Einsicht und Verständnis zu gewinnen suchen. Im Bereich, im Wert beizubehalten, der Wirtschaftsführer durch das Vertrauen der Massen. Abwechslende Einzelfälle bestätigen nur die Regel, daß diese hier seine Überlegenheit anerkennen und ihr folgen. Dasselbe muß auch im öffentlichen Leben der Fall sein. Allerdings wird sich das

öffentliche Vertrauen nicht so leicht erregen lassen, wie im engeren privatwirtschaftlichen Verhältnis.

Von weitestgehender Bedeutung wird nach dieser Richtung des Unternehmensfähigkeit sein, sozialpädagogisch zu wirken. Mit anderen Worten, den Massen die Probleme des Wirtschaftslebens, insbesondere der Verantwortung des deutschen Volkes, nicht etwa bloß verständlich, sondern auch gefühlsmäßig in ihren Interessen für dieselben zu erschaffen. Hier erwacht für unser Unternehmertum insbesondere auch den Nachwuchs in demselben, ein breites Feld zur Pflanzung, das mutig angegriffen werden muß, soll das heute noch so gespannte Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft, gewerblichem Führertum und Massen, ein solches des Vertrauens, gegenseitiger Ergänzung werden, und insbesondere auch eine Leistung des Volkswirtschafters zu Wurzeln fassen können, wie sie dessen zu einem wahrhaften Regieren anzuregen bedarf.

Die Frage der wertbeständigen Kredite

Die Ankündigung der Reichsbank, den ersten Schritt auf dem Wege zum wertbeständigen Kredit zu tun und die Lombardierung von Wechseln auf wertbeständige Grundlagem vorzunehmen, ist für die gesamte Wirtschaft das Signal, auch ihrerseits den bereits begangenen Weg fortzusetzen und sich gänzlich auf Wertbeständigkeit umzustellen. Diese Umstellung geht ja bereits seit einigen Wochen vor sich, aber derartig chaotisch und widersprechend, daß die Auswirkungen im Augenblick und die letzten Folgen nicht annähernd zu übersehen sind. Die Ankündigung der Reichsbank ist ein endliches Nachdenken auf seit langem erhobene Forderungen. Man setzt auch nicht geizig werden mit der Bekanntgabe der Bedingungen und Gewohnheiten, auf die die geplante Wertbeständigkeit des Wechselkredits sich aufbaut. Es ist selbstverständlich, das zunächst in weiten Kreisen von Handel und Industrie ein heftiger Widerstand gegen den Gedanken der wertbeständigen Kredite einsetzt hat. Nimmt doch die Verwirklichung alle Möglichkeiten, durch Kreditnahme aus der fortwährenden Geldentwertung Nutzen zu ziehen. Das Spekulieren ist la beifreie der Wert mit Hilfe der Marktkredite muß aufhören, sobald Wertbeständigkeit zur Grundlage gemacht wird. Es fehlt dann jeder Anreiz, Barware, Effekten und Devisen lediglich mit Hilfe der Kreditnahme durchzuführen. Der Papiermarktkredit war das Hilfsmittel hierzu.

Die wichtigste Frage ist, wie von Seiten der Reichsbank bei dem Wechselkredit die Anpassung an den gesunkenen Wert des Geldes vorgenommen werden wird und ob diese Anpassung gänzlich oder nur zum größten Teil erreicht werden soll. Anknüpfend beachtet die Reichsbank den Übergang zu erleichtern, die Entwertungskonten nicht gleich dem vollen Entwertungskoeffizienten zu setzen. Der Schwerpunkt liegt aber gerade hier, denn je weniger die volle Anpassung an den gesunkenen Geldwert erfolgt, desto geringer die Wirkung dieser Maßnahmen der Reichsbank. Es ist jedoch eine wichtige Voraussetzung der Notwendigkeit, den Kreditnehmer rigoros einzubandern, um die Ausnutzung im Wirtschaftsbereich zu verhindern. Die Wertbeständigkeit muß um ihren Charakter überhaupt zu wahren, wenn nicht vollständig, so doch 80-90-prozentige Anpassung an den gesunkenen Geldwert erreicht werden. Ein weiterer Schritt auf dem wertbeständigen Wege wird dann die Einführung von direkten wertbeständigen Krediten sein. In Betracht zu ziehen ist endlich noch die Frage der Verzinsung des wertbeständigen Lombardkredits. Bisher ist der Lombardzinsfuß der Reichsbank 3 Prozent. Dieser Zinsfuß könnte selbstverständlich nur bei Papiermarktkredit zur Anwendung gelangen, da einer wertbeständigen Grundlage müßte er den hierdurch veränderten Verhältnissen Rechnung tragen und ganz erheblich herabgesetzt werden. Wenn aber die jetzt angekündigte neue Währungsreform der Reichsbank ein voller Erfolg sein soll, muß bedacht auf dem Stadium der Emissionen und Regulierungen heraus zu Taten geschritten werden. Eile tut not.

Substanzerhaltung oder Spekulationsgewinne?

Der Reichsfinanzhof hat sich jüngst ausführlich in einem Urteil vom 28. Juni mit der Frage beschäftigt: wann liegt ein Spekulationsgewinn vor, der dem Einkommen hinzuzurechnen ist, wann hingegen trotz behaltener Effektensumme nur Kapitalerträge zur Substanzerhaltung vor?

Es handelt sich um die Frage, ob den vom Steuerpflichtigen angelegten Einkommen ein bestimmter Betrag als Spekulationsgewinn hinzuzurechnen sei. Es ist dies der Gewinn aus Verlusten von Wertpapieren, welche Steuerpflichtiger 1921 erwirbt hatte. Steuerpflichtiger befreit die Spekulationsgewinn; er habe keinen Kontrakt in Anspruch genommen, die Papiere als Kapitalanlage angekauft und die alten Papiere abgesetzt, nachdem diese als Stamm eines kleinen Vermögens angelegt worden, die noch in einem Verbleibe seien. So müßte er vorgehen, um sein kleines Vermögen im Werte zu erhalten.

Auf Veranlassung des Finanzgericht dem Antrag des Steuerpflichtigen soll. Der von der Steuerbehörde zu führende Nachweis der Spekulationsgewinnhaftigkeit sei nicht erbracht. Die Form sei einem Käufer, der sein Kapital in Aktien anlege, fehlende Nebenbedingung, die wieder zu veräußern, wenn sie eine Wertsteigerung erfahren, die es ihm wichtiger erscheinen lasse,

den Kapitalertrag seinem Vermögen zuzuführen. Hat die Werte weiter als bezugsfähige Anlagen zu behalten, macht den Verkauf noch nicht zu einem Spekulationsverkauf.

Der Reichsfinanzhof hat sich die Auffassung des Finanzgerichts zu eigen gemacht. In der Entscheidung des Reichsfinanzhofes heißt es: „Es entspricht schon in normalen Zeiten der Lebenserfahrung, daß die Lebenserfahrung, bei Kurssteigerung ein Papier mit Gewinn verkaufen zu können, einen anlagefähiger vorgenommenen Verkauf nicht zu einem Spekulationsverkauf macht. Während aber in solchen Zeiten die Feststellung der vorbestehenden Absicht kein Erwerb eines Gegenstandes verhältnismäßig einfach ist, bietet sie in wirtschaftlich bewegten Zeiten erhebliche Schwierigkeiten, weil auch die Absicht dauernder Vermögensanlage mit Möglichkeiten rechnen muß, welche sie nicht rein zur Durchführung kommen lassen. Insbesondere darf unter den heute auf dem Wertpapiermarkt herrschenden Verhältnissen nicht außer Betracht bleiben, daß die Anpassung eines Vermögens an die Geldverhältnisse einen häufigeren Umsatz der Anlagewerte sei es durch Umtausch selbständiger Papiere in Aktien, sei es durch Abgabe von Aktien oder durch Verkauf junger Papiere, bedingt, als dies in ruhigen Zeiten notwendig war, in denen derartige Veräußerungen zu den Selbstheiten gehörten. Aus einem häufigeren Umsatz allein kann man deswegen nicht in gleicher Weise wie in ruhigen Zeiten auf das Vorliegen gewinnbringender Veräußerungsabsicht beim Erwerb eines Papiers geschlossen werden.“

Von dieser Erwägung geht auch der Bundesrat des Reichsfinanzministeriums vom 27. Januar 1923 aus.

Nah und Fern

Der telephonische Austausch der Präsidenten Gossidge. Der neue Präsident der Vereinigten Staaten hielt sich am 21. des Monats im Hause des Präsidenten Harding bei seinem Wohnsitz in dem einsam gelegenen Bedfordhampton auf. Dort erreichte ihn telegraphisch die Nachricht vom Tode seines Vorgängers. Eine Stunde später waren bereits die Telephonleitungen beschäftigt, ein Telefon in dem Hause zu installieren und man fragte dann im weißen Hause auf diesem Wege an, ob Coolidge den Amtseid vor seinem Vater, der öffentliche Kolar ist, ablegen könne. Nachdem die Zustimmung hierzu erteilt war, wurde die Gossidge-Telephonlinie von Washington übermitten, und dann wiederholte der neue Präsident die ihm von seinem Vater vorgeschriebenen Worte. Damit war er Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Diese einfache Zeremonie unterschied sich wesentlich von der prunkvollen Amtseidzeremonie früherer Präsidenten. Drei Stunden später sah Coolidge bereits im Auge, um sein Amt in Washington anzutreten.

Der einjährige militärische Brauttag. In Frankreich gibt es nur einen einzigen Mann, der nicht Soldat zu werden braucht. Das ist der „Monsieur de Paris“, wie Herr Decker, der — Geschichtler, mit distinkter Umschreibung seines „bürgerlichen“ Berufs genannt zu werden pflegt. Nach dem Tode Napoleons I. erlangten die französischen Soldaten die völlige Befreiung von der militärischen Dienstpflicht, und zwar aus dem Grunde, weil ihnen die Kameraden aus dem Wege gingen. — Paradox gibt es aber im französischen Meer, dessen Elite an der Küste die französische Wollschere so eifrig zu wahren versteht, ganze Herden von Schafen und Schafherden.

Wann kommt die Röhlmachine? Wer heute in Deutschland mit größeren Forderungen zu tun hat, verdrückt sich oft vor dem Kopf darüber, warum der liebe Gott noch keine Röhlmachine hat wachsen lassen. Ein Vater beispielsweise, der den Ton der Welt nicht einstimmt auf 1, 4, 10- und 20.000-Markstücke, muß dann am Abend 16 Millionen rufen, weil in der Früh des nächsten Tages der Wechselkurs sich mit zwei Tausend auf diesen Betrag angehoben hat. Der arme Vater erhebt sich mit Frau und Kind bis spät in die Nacht hinein und zählt und zählt das „Geld“. Und immer kommt es nicht, denn die Scheine fliegen auseinander und sind nicht. Am Morgen gingen die Angehörigen in den Geschäften und Fabriken mit diesen Fetten nach Hause; Willkommengeldern mußten zum Teil ausbleiben, in 5000-Markstücken ausgezahlt werden. So bekam denn etwa ein kaufmännischer Angehöriger, der 50 Millionen Gehalt, nach den Wahlen über 1000 Gehaltsheute angeschrieben. Und nun dieses Zahlen und wieder — Zahlen! An den Schaltern der Banken ist die dreifache Zahl von Gehaltsheuten nötig wie ehemals. Der Schalterbesitzer darf nicht alles stark sein und nicht alles viele Barrenhäufe, Kinos usw. dürfen ihre Transaktionen einleiten, wenn zwei Gehaltsheute mit dem Durchzahlen und Ausdrücken der einseitigen Geldscheinsummen fertig werden sollen. Es sind geplagte Menschen, die so von früh bis spät nicht anders zu tun haben, als die letzten Schöpfungen der deutschen Notenspreche durchzusuchen; das Gehirn ist schon eine richtige Röhlmachine geworden. Wo bleibt der Eschbacher, der uns eine — etwa in der Westentasche tragbare Röhlmachine beibringt? Er könnte Stöße der neuesten Schätze bekommen!

Das Ruhrschicksal ist Deutschlands Schicksal, darum geht reichlich für das Volknotopfer!

Der bitterste Ruf kam so kühn, daß Säuschen die Weisheit entließ und er eine Sehzug herbeilief.

„Woher kommst du, mein Herr, du bist ein Kooperator, gib ihm das und frage ob's morgen sein könnte. — Hast du mich verstanden?“

„Ja, Vater! Ich soll zum Herrchen gehen, ihm das geben und fragen, ob's morgen sein könnte!“

„Nicht so, — lauf geschwind!“ — und Säuschen floh über den Hof, durch das Tor.

„Anton!“ rief der Landwirt einen „Nacht an. „Zieh augenblicklich! Das alles haben und lassen. — zieh!“

„Welchen denn, Herr?“ frag der überläufige Anton.

„Den Braunen, — nur gleich!“ — und der Herr verschwand im Hause.

Anton schüttelte seinen Kopf im Garten und vernahm dort die Stimme ihres Gatten. So übertrab den Namen ist die frühesten Jahre, daß sie unweil und unweil. Seit Wochen hatte sie Worte von gleicher Wahrscheinlichkeit an dem Munde des Vielgeliebten nicht mehr vernommen. Sein früheres energisches Wesen war vor ihren Augen vergangen, und mit ihm die blühende Gesundheit.

„Mein Gott, mein Gott!“ seufzte sie oft im Stillen. „Ich fällt ganz aus dem Riß, die Kleider werden alle zu weit. Er wird doch nicht krank sein!“

Und wenn sie ihn besorgt frag, erwiderte sie beruhigende Antworten, die ihre Angst nicht haben, sondern verneinend. Auch dem Großvater trug sie schwere Verstärkungen vor.

„Sei mir ganz ruhig, Sanna, das macht der Schalksreiß! Es wird vorübergehen.“

Wann die Frau vermochte nicht, den Weißbrotmännchen ihres Gatten zu fassen, und auch nicht die aufreißende Wirkung einer aquadellen Seele auf den Körper. Sie fürchtete, sich habe die Auszehrung und weinte im verborgenen die Tränen. Als sie nun die Stimme so hell und kräftig durch den Hof schallen hörte, schritt sie rasch das Notwendige in den Hof und schloß in das Haus. Vom oberen Stockwerk stritten Sporttritte, und vor der Haustüre schallte der Braune anabaldische Spruch aus dem Plätscher. Sanna kam der Gattinbesitzer die Stiege herab, von seinem kranken Weibe im Arm ermahnt. Er schloß sie fest entgegen, und Sanna jubelte das Herz über das plötzlich veränderte Wesen des lieben Mannes. Wie ein altes Kleid hatte er von Tränen abgeworfen, die frühere Spannkraft und Gattinstricke waren mit einem Schlag zurückgekehrt.

„Ich muß einen notwendigen Mitt machen, Antonchen!“ jodelte er. „Gute Abend bin ich zurück. Kommt der Vater ja!“

Der heilige Christofomus hätte mir ein Licht angezündet.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Schwarzen und die Roten

Von Konrad von Volanden.

(95. Fortsetzung.)

„Warum weiß jedermann, daß die Kaiserin geizig ist, wenn ich die Kaiserin nicht nenne?“ Antwornte mir, Rufinus!“

„Weil deine Worte genau auf die Kaiserin passen.“

„Du hast recht geantwortet, Rufinus! Wenn also meine Worte, gegen das Kaiser gesprochen, die Kaiserin treffen, dann müßte Eudogia ihren lasterhaften Wandel aufgeben und Buße tun.“

„Wie, du wagst es, die Kaiserin lasterhaft zu nennen?“

„Du sagst so, Rufinus, meine Verwünschungen gegen das Kaiser treffen genau auf die Kaiserin.“

„Wie lange, meinst du, wirst du noch Bischof sein, wenn ich der Kaiserin deine Worte melde?“

„Wie lange ich Bischof bin, das steht in Gottes Hand, o Rufinus! Solange ich aber Bischof bin, werde ich meine Pflicht erfüllen und das öffentliche Laster öffentlich verdammen. — das Kaiser der Großen und der Kleinen. Wäre ich die Menschen fürchten, so könnte ich Gottes Diener nicht sein.“

„Du bist unbankbar,“ sprach entsetzt der Minister. „Hat dich Kaiser Arkadius nicht auf den ersten Bischofsstuhl des Reiches erhoben?“

„Ich habe diese büdenwolle Würde nicht gesucht, du weißt es, Rufinus!“ Einmal aber Bischof geworden, muß ich die bischöflichen Pflichten erfüllen. Und dann, Rufinus, bin ich kein Staatsbeamter, weil meine Sendung nicht vom Kaiser, sondern von Gott ist. Christus der Herr bestellte Priester und Bischöfe, — nicht der Kaiser. Derselbe Herr Jesus Christus gab den Bischöfen Vollmacht, Gewalt, Sanktionen, — nicht der Kaiser. Die Weislichen sind Diener der Kirche und nicht des Staates, und die Kirche ist eine Macht Gottes, aber keine Macht des Menschen.“

„Weil du hartnäckig bist, Bischof Johannes, will ich dir einige Fragen vorlegen. — Weißt du, daß die Menge schimpft gegen Eudogia?“

„Ich weiß es!“

„Weißt du auch, daß deine Predigten das Murren und Schimpfen des Volkes gegen die Kaiserin hervorgerufen?“

„Ich weiß es!“

„Gut, — dann bist du ein Aufwiegler des Volkes gegen die Obrigkeit und verdammungswürdig.“

„Dasselbe haben die Schrifsteller Eusebius dem Herrn vorge-

worfen,“ antwortete Christofomus. „Sie haben gesagt: er wiegelt das Volk auf! Aber die Anklage war falsch, weil der Herr lediglich die Sünden der Verworfenen verdammt. So orcht es sich hier. Das Volk habe ich nicht aufgewiegelt, sondern die öffentlichen Laster des Hofes angegriffen und verdammt, — und wehe mir, hätte ich das nicht!“

„Wenn nun aber infolge deiner Predigten eine Empörung ausbricht, wer hat diese zu verantworten?“

„Die Unabständigkeit des kaiserlichen Hofes!“

„Und dich spricht du frei von Schuld?“

„Ja, Rufinus! Denn ich habe mich dem Schicksal gegen die Obrigkeit verdammt, sondern das öffentliche Sittenverderben. Und darin muß ich fortfahren bis zum letzten Atemzuge. Man muß Gott mehr gehorchen, als den Menschen.“

Erzürnt verließ der Minister Rufinus den heiligen Bischof. Der Goldmund aber setzte noch stärker, hetzte noch stärker als zuvor. Die Drohungen der Kaiserin machten ihn keine Furcht, und er unterließ nicht, die Sittenlosigkeit des Hofes im Zeugnis anzugehen und zu verdammen.

Darüber geriet Eudogia in Wut. Sie beschloß den Untergang des heiligen Johannes, wie Herodias den Untergang des heiligen Johannes des Täufers beschlossen hatte. Aber die Eudogia griff es schlauer an als die Herodias. Sie konnte einen mächtigen Hofrat, den Patriarchen Phylaxios von Alexandria, einen herrschsüchtigen bösen Mann. Mit diesem verband sich die Kaiserin zum Sturz des heiligen Goldmunds. Phylaxios versammelte noch andere Schleichlinge um sich, und diese luden den heiligen Johannes vor ihr Gericht. Allein Christofomus erschien nicht vor den Hofrichtern. Darum verurteilten sie ihn als einen Gotteslosen, leberischen Menschen, und der Kaiser Arkadius, von Eudogia gewonnen, sprach über den heiligen Mann die Verbanung aus.

Wetter sah Schröder nicht. Er sah sich und sah einige Sekunden herodeaus. Da begann der matte Blick zu flammen, und die schlafte Haltung verschwand. Jetzt schloß: er von der Bank, wie von fremden Mächten angetrieben. Der hochragende Mann hatte plötzlich die alte Kraft wiedergewonnen.

Er eilte hinaus und schrieb auf ein Blatt Papier: „Ein Amt zu Ehren des heiligen Christofomus. — ne möglich morgen.“

Dann zog er eine schwere Schublade, in der gefaltete Geldscheine standen, griff aus dem Fächer der Güte ein Zweitalentstück und wickelte es in das beschriebene Blatt. Tränende Gole in den Augen, ging er mit großen Schritten nach der Kirche. Neuer braunten um Kessel und Hüften. Er rief nach den Köpfen, nannte ein halbes Dutzend Namen, erhielt aber keine Antwort. Er stürzte hinaus. Säuschen trieb seinen Langkopf durch den Hof. „Säuschen, da kommt her, mein Lieber, — nur geschwind!“

*) Der heilige Christofomus wurde bekanntlich durch Gift und Gewalt von Seiten des Kaisers Diokletian von Konstantinopel.

